

Beratungsgremium für Frontex

Stefan Keßler arbeitet beim Jesuiten
Flüchtlingsdienst in Brüssel



**NGOs fordern EU-Grenzschutzagentur
auf, Menschenrechte von Flüchtlingen
besser zu schützen**

Pressemitteilung des Jesuiten Flüchtlingsdienstes vom 17. Oktober 2012:

Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX hat den Flüchtlingsschutz endlich in angemessenerer Form auf ihre Agenda gesetzt. Gestern fand das erste Treffen des neu gegründeten Beratungsforums zu Grundrechtsfragen in Warschau statt. Das Forum, dem zivilgesellschaftliche Organisationen und EU-Institutionen angehören, wählte den Jesuiten-Flüchtlingsdienst Europa in den Ko-Vorsitz des Gremiums.

Wir können die Wichtigkeit dieses Forums nicht genug betonen. Eine erhebliche Zahl von Menschen sind an den Außengrenzen der Europäischen Union gestorben. FRONTEX als EU-Agentur ist verpflichtet, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass die Rechte von MigrantInnen respektiert werden, die in das Gebiet der EU kommen“, sagte Stefan Keßler, Vertreter des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Europa in dem Forum.

Dies ist bislang zweifellos nicht geschehen. Wir haben einen erheblichen Mangel an Überwachungsmechanismen festgestellt, mit denen schutzbedürf-

tige Personen identifiziert werden könnten; die Menschenrechtssituation in Transitstaaten, in die aufgegriffene MigrantInnen zurückgebracht werden könnten, ist nicht hinreichend gewürdigt worden, und es fehlt an Verfahren, die es MigrantInnen ermöglichen würden, sich förmlich gegen Maßnahmen von FRONTEX zu beschweren“, fügte Keßler hinzu.

In der jüngsten Vergangenheit ist der Druck von Nichtregierungsorganisationen, einschließlich des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Europa, auf FRONTEX gewachsen, die Operationen der Grenzschutzagentur der öffentlichen Überprüfung zugänglich zu machen und die Rechte von MigrantInnen zu garantieren. Diese Forderungen wurden im Laufe des Jahres 2011 intensiviert, als nahezu 2.000 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ums Leben kamen.

Ein Beispiel war der Tod von 54 MigrantInnen auf der Überfahrt von Libyen nach Italien im Juli diesen Jahres. Ihr Boot hatte die italienischen Küstengewässer erreicht, wurde aber zurück auf die offene See getrieben. Der einzige Überlebende, ein Mann aus Eritrea, berichtete Vertretern des UNHCR, dass alle anderen Insassen während der 15-tägigen Irrfahrt verdurstet waren. Mehr als die Hälfte der Menschen an Bord kamen aus Eritrea, einem Land, in dem schwere Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.

„Unser Ziel ist, dieses Forum in die Lage zu versetzen, ein effektives und nachhaltiges Instrument zu sein, mit dem die Menschenrechtssituation an

den Außengrenzen der EU und bei den von FRONTEX koordinierten Abschiebungen verbessert werden kann. Wenn die Anregungen der NGOs an das Beratungsforum ernst genommen werden, hat es die Kapazität, solche Tragödien in Zukunft weniger wahrscheinlich werden zu lassen“, sagte Keßler.

Das Beratungsforum wird mit dem neu ernannten Grundrechtsbeauftragten von FRONTEX zusammenarbeiten, der dafür verantwortlich ist, die Beachtung der Menschenrechte bei Grenzschutzoperationen zu überwachen.

„Wir erwarten, dass die Arbeit des Forums sehr praktisch ausgerichtet sein wird. Wir richten unsere Aufmerksamkeit nicht allein darauf, uns auf allgemeine Prinzipien zu einigen, die auf Papier geschrieben werden, sondern streben konkrete Standards und Mechanismen an, die die Rechte von MigrantInnen garantieren“, schloss Keßler.

Kontakt:

JRS Europe, Brussels
Philip Amaral, Advocacy and
Communications Coordinator
europe.advocacy@jrs.net
T. +32 (0) 2 250 32 20
www.jrseurope.org
www.detention-in-europe.org
www.twitter.com/JRSEurope

